



VOX-Analyse November 2025

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. November 2025

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung

Corina Schena: Projektleiterin

Sara Rellstab: Data Scientist

Ina Gutjahr: Praktikantin Data Science

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin/ Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	7
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	11
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	11
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	11
3.3	Die Informationsgewinnung	12
4	SERVICE-CITOYEN-INITIATIVE	15
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	15
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	16
4.3	Die Motive	20
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	22
5	INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT	24
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	24
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	25
5.3	Die Motive	29
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	31
6	ANHANG	33
6.1	Technischer Bericht	33
6.2	Über die Studie	37
6.3	gfs.bern-Team	39

1 Die zentralen Befunde

Am 30. November 2025 verwarf die Stimmbevölkerung beide zur Abstimmung stehenden Volksinitiativen deutlich. Sowohl die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» als auch die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fanden keine Mehrheit. Die Service-citoyen-Initiative erlitt eine besonders ausgeprägte Niederlage. Mit lediglich 15,9 Prozent Ja-Stimmen zählt sie zu den Vorlagen mit der tiefsten Zustimmung seit Einführung des Frauenstimmrechts. In keinem Kanton und in keiner Gemeinde erreichte sie eine Mehrheit. Zudem wurde die Service-citoyen-Initiative von den Stimmenden als stark unterdurchschnittlich bedeutend wahrgenommen. Unklarheiten in der Gleichstellungsfrage sowie verbreitete Kostenbefürchtungen wirkten zusätzlich ablehnend. Trotz Unterstützung einzelner Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Parteien blieb die Zustimmung insgesamt sehr gering. Auch die Initiative für eine Zukunft scheiterte deutlich und erzielte 21,7 Prozent Ja-Stimmen. Die Vorlage zur Erbschaftssteuer wurde insgesamt als zu extrem wahrgenommen. Diese Skepsis zeigte sich auch innerhalb der politischen Linken. Selbst unter Sympathisierenden der SP fand die von der JUSO lancierte Initiative nur knapp mehrheitliche Unterstützung. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'349 Stimmberechtigten der VOX-Analyse November 2025. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Initiative chancenlos – tiefste Zustimmung seit 2015

Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

Die Service-citoyen-Initiative erzielte eine aussergewöhnlich geringe Zustimmung und wurde in allen Kantonen und Gemeinden klar verworfen. Historisch reiht sie sich damit unter die Vorlagen mit der niedrigsten Zustimmung seit 1971 ein.

Die Stimmberechtigten schätzten die persönliche Relevanz der Initiative insgesamt als klar unterdurchschnittlich ein. Das Abstimmungsverhalten folgte der politischen Links-Rechts-Achse. Je weiter links sich die Stimmberechtigten positionierten, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Selbst im linken Lager blieb die Unterstützung jedoch begrenzt (27%) und erreichte nirgends eine Mehrheit. Parteipolitisch zeigte sich ein breiter Ablehnungskonsens. Zwar erzielte die Initiative bei Sympathisierenden der Grünen, der SP und der GLP vergleichsweise höhere Ja-Anteile (25-28%), doch auch dort blieb die Unterstützung klar in der Minderheit. Bei den bürgerlichen Parteien fiel die Zustimmung besonders niedrig aus (unter 11%). Inhaltlich dominierte bei den Nein-Stimmenden Argumente rund um Gleichstellung, Kosten und individuelle Freiheit. Einige Befragte befürchteten hohe Zusatzkosten und Eingriffe in die persönliche Freiheit. Obwohl Gleichstellungsargumente einen Teil der Befürwortenden überzeugten, wurden diese von einem Teil der Stimmbevölkerung skeptisch beurteilt und als falschverstandene Gleichstellung im Rahmen der Service-citoyen-Initiative gesehen. Insgesamt zeigte sich, dass die Initiative kaum mobilisierende Wirkung entfaltete.

Das Resultat deutet darauf hin, dass die Initiative über ihren engen Unterstützerkreis hinaus keine breite Zustimmung zu erzielen vermochte. Ausschlaggebend für die Ablehnung waren insbesondere Aspekte einer als falschverstandenen Gleichstellung sowie Kosten- und Freiheitsbedenken.

Wirtschaftliche Bedenken überwiegen klimapolitische Zustimmung

Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Auch die Initiative für eine Zukunft wurde deutlich verworfen, wenn auch mit einem leicht höheren Ja-Anteil als die Service-citoyen-Initiative. Das Stimmverhalten folgte stark ideologischen, parteipolitischen und wertorientierten Mustern und war ausgeprägt polarisiert.

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigte sich ein klares Muster. Während linksausser positionierte Stimmberechtigte die Vorlage mehrheitlich unterstützten (76%), brach der Ja-Anteil bereits bei den links positionierten deutlich ein (38%). Ein vergleichbar polarisiertes Bild zeigte sich bei der Parteisympathie. Hohe Zustimmung fand die Initiative insbesondere bei Anhängerinnen und Anhängern der Grünen (69%). Bereits bei der SP, die ihre Jungpartei mit der Ja Parole unterstützte, fiel die Zustimmung nur knapp mehrheitlich aus (53%). Sämtliche bürgerliche Parteien (4–9%) lehnten die Initiative klar ab. Soziodemografisch zeigt sich eine Alters- und Bildungslinie. Mit zunehmender Bildung stieg die Zustimmung, während sie mit zunehmendem Alter abnahm. Weitere zentrale Treiber des Stimmverhaltens waren klimapolitische Wertehaltungen sowie das Vertrauen in klimapolitische Akteure. Eine umweltschutzorientierte Haltung stand in engem Zusammenhang mit der Zustimmung zur Initiative: Wer eine Schweiz bevorzugte, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, unterstützte die Vorlage zu 50 Prozent, wer dies umgekehrt sah, nur zu 7 Prozent.

Inhaltlich dominierten auf der Gegenseite volkswirtschaftliche Bedenken. Besonders wirksam waren Argumente zur Gefährdung von Familienunternehmen und zum möglichen Wegzug Vermögender. Zudem waren grundsätzliche Motive stark verankert: Die Nein-Stimmenden empfanden die Initiative als zu extrem oder nicht fertig durchdacht. Die Pro-Argumente überzeugten die Befürwortenden zwar nahezu geschlossen, fanden in der Gesamtbevölkerung jedoch keine Mehrheit.

Die Initiative fand zwar in klar definierten, klimapolitisch engagierten Milieus Unterstützung, konnte jedoch keine mehrheitsfähige Allianz über dieses Kernmilieu hinaus überzeugen.

Begrenzte Mobilisierung bei klarer Ablehnung

Die Beteiligung

Mit 43 Prozent lag die Stimmbeteiligung leicht unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Teilnahme blieb sozial selektiv: Ältere, bildungs- und einkommensstarke Personen beteiligten sich deutlich häufiger als Jüngere oder Personen mit geringerer formaler Bildung. Männer beteiligten sich mit 46 Prozent etwas stärker als Frauen (40%). Die höchste Beteiligung zeigte sich bei Männern ab 65 Jahren (65%). Politisch war die Mobilisierung bei Sympathisierenden der FDP (60%) und der GLP (57%) am stärksten, während politisch Ungebundene (23%) unterdurchschnittlich partizipierten. Vergleichsweise ebenfalls schwach mobilisiert waren die beiden Polparteien SP und SVP.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 30. November 2025 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden: die Service-citoyen-Initiative und die Initiative für eine Zukunft.

2 Die Beteiligung

Am 30. November 2025 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende zwei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»
2. Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Die Stimmbeteiligung betrug bei der Service-citoyen-Initiative 42.9 Prozent und bei der Initiative für eine Zukunft 43.0 Prozent.¹

Im Jahr 2024 zeigte sich ein insgesamt wechselhaftes Muster der Stimmbeteiligung. Nach dem Beginn der neuen Legislatur mit einem Abstimmungssonntag im März, an dem sich überdurchschnittliche 58 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten, stabilisierte sich die Teilnahme im weiteren Jahresverlauf auf rund 45 Prozent. Insgesamt lag die durchschnittliche Stimmbeteiligung im Jahr 2024 bei 48.4 Prozent.

Im Februar 2025 beteiligten sich 38.1 Prozent der Stimmberechtigten an der Umweltverantwortungsinitiative, was einem klar unterdurchschnittlichen Wert entspricht. Im September 2025 stieg die Stimmbeteiligung wieder an und erreichte mit 49.6 Prozent ein überdurchschnittliches Niveau. Bei den Abstimmungen im November 2025 ging die Beteiligung im Vergleich zum September 2025 erneut zurück und lag mit 43 Prozent erneut unter dem Durchschnitt der letzten Jahre.

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Zwischen den Altersgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede: Jüngere Stimmberechtigte beteiligten sich deutlich seltener als ältere. Bei den unter 50-Jährigen lag die Stimmbeteiligung bei rund einem Drittel, während sie bei den 60- bis 69-Jährigen 49 Prozent und bei den über 70-Jährigen 62 Prozent erreichte. Auch zwischen den Geschlechtern bestehen signifikante Unterschiede. Männer beteiligten sich mit 46 Prozent leicht häufiger als Frauen mit 40 Prozent. Besonders niedrig war die Teilnahme bei Frauen und Männern unter 40 Jahren mit je 30 Prozent, am höchsten bei Männern ab 65 Jahren mit 65 Prozent. Mit zunehmendem Bildungsniveau steigt die Stimmbeteiligung deutlich an. Personen ohne nachobligatorische Bildung beteiligten sich zu 27 Prozent, Hochschulabsolvent:innen zu 55 Prozent. Auch nach Haushaltseinkommen zeigen sich signifikante Unterschiede. In Haushalten mit einem Einkommen über 11'000 Franken lag die Beteiligung bei 54 Prozent, während sie bei Haushalten mit einem Einkommen unter 5'000 Franken bei rund einem Drittel lag.

Die Ergebnisse bestätigen das bekannte Muster einer sozial selektiven Beteiligung, bei der ältere, besser gebildete und einkommensstärkere Stimmberechtigte überdurchschnittlich häufig an Abstimmungen teilnehmen.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Stichprobenfehler
total	43.0	3286	
Alter			V=0.23***
18-29 Jahre	31	414	± 4.5
30-39 Jahre	34	443	± 4.4
40-49 Jahre	35	530	± 4.1
50-59 Jahre	41	686	± 3.7
60-69 Jahre	49	608	± 4
70 Jahre und älter	62	605	± 3.9
Geschlecht			V=0.06***
Männer	46	1614	± 2.4
Frauen	40	1672	± 2.3
Geschlecht und Alter			V=0.23***
Frauen / 18-39	30	449	± 4.2
Männer / 18-39	30	449	± 4.6
Frauen / 40-65	36	770	± 3.4
Männer / 40-65	44	792	± 3.5
Frauen / 65+	56	453	± 4.6
Männer / 65+	65	414	± 4.6
Bildungsgrad			V=0.17***
ohne nachobligatorische Bildung	27	360	± 4.6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	41	1041	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	45	853	± 3.3
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	55	886	± 3.3
Haushaltseinkommen			V=0.16***
bis 3'000 CHF	33	157	± 7.4
3'000-5'000 CHF	30	365	± 4.7
5'000-7'000 CHF	44	515	± 4.3
7'000-9'000 CHF	43	501	± 4.3
9'000-11'000 CHF	45	411	± 4.8
über 11'000 CHF	54	820	± 3.4

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Insgesamt zeigt sich, dass politische Bindung und Interesse entscheidende Faktoren waren, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2).

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich nur moderate Unterschiede. Personen mit einer linken oder rechten Orientierung beteiligten sich tendenziell häufiger als Personen, die sich im politischen Zentrum verorten. Deutlichere Unterschiede zeigen sich nach Parteisympathie. Am höchsten war die Beteiligung bei Anhänger:innen der FDP (60%), gefolgt von Sympathisierenden der GLP (57%) und der Mitte (51%). Anhänger:innen der Grünen (48%), der SP (45%) und der SVP (44%) wurden weniger stark mobilisiert. Besonders tief war die Beteiligung bei Personen ohne Parteibindung mit lediglich 23 Prozent. Das politische Interesse steht in starkem Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung. Unter sehr Interessierten lag sie bei 75 Prozent, unter eher Interessierten bei 54 Prozent. Wer sich kaum oder gar nicht für Politik interessiert, beteiligte sich deutlich seltener, mit 19 beziehungsweise 10 Prozent. Auch das Vertrauen in den Bundesrat wirkt leicht mobilisierend. Personen mit sehr hohem Vertrauen beteiligten sich häufiger (52%) als jene mit hohem Vertrauen (43%) und nochmals deutlich häufiger als jene mit mittlerem oder geringem Vertrauen (jeweils 38%).

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
Total	43	3286	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.1***
linksaussen (0-2)	50	373	± 5.1
links (3,4)	46	529	± 4.3
Mitte (5)	40	815	± 3.4
rechts (6,7)	51	655	± 3.8
rechtsaussen (8-10)	54	515	± 4.3
Parteisympathie			V=0.21***
SVP	44	714	± 3.6
FDP	60	413	± 4.7
Die Mitte	51	386	± 5
GLP	57	165	± 7.6
SP	45	555	± 4.1
Grüne	48	180	± 7.3
andere Partei	37	179	± 7.1
keine	23	345	± 4.4
Politisches Interesse			V=0.43***
sehr interessiert	75	552	± 3.6
eher interessiert	54	1645	± 2.4

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Stichprobenfehler
eher nicht interessiert	19	824	± 2.7
überhaupt nicht interessiert	10	203	± 4.1
Vertrauen in den Bundesrat			V=0.12***
sehr gering bis gering (0-4)	38	581	± 4
mittel (5)	38	667	± 3.7
hoch (6-7)	43	801	± 3.4
sehr hoch (8-10)	52	1052	± 3

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Wie schon bei früheren Abstimmungen gab eine relative Mehrheit derjenigen, die nicht teilgenommen haben, an, dass sie die Abstimmung vergessen hatten (31%) oder verhindert waren (25%). Weitere 16 Prozent begründeten ihre Nichtteilnahme damit, dass sie kein Interesse an den Abstimmungsthemen hatten. 10 Prozent nahmen nicht an der Abstimmung teil, weil sie davon ausgingen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen sei. Weitere 9 Prozent gaben an, dass sie sich nicht entscheiden konnten, während für je 8 Prozent die Abstimmungsthemen zu kompliziert waren oder Abstimmungen grundsätzlich keine wirklichen Veränderungen bewirken täten. 6 Prozent nannten den geringen Einfluss der eigenen Stimme als Grund für ihre Stimmenthaltung, weitere 6 Prozent nehmen aus Prinzip nicht an Abstimmungen teil. Am seltensten wurde Misstrauen in die demokratischen Prozesse (4%) als Grund genannt.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen.	31	397
Ich war verhindert.	25	292
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert.	16	190
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist.	10	113
Ich konnte mich nicht entscheiden.	9	104
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert.	8	92
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern.	8	102
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt.	6	67
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil.	6	73
weiss nicht / keine Angabe	6	70
Ich misstraue demokratischen Prozessen.	4	44

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 1'223. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die Befragten wurden gebeten, die persönliche Bedeutung jeder Initiative auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben (Tabelle 4). Im Mittel erreichte die Service-citoyen-Initiative einen unterdurchschnittlichen Wert von 4.5, die Initiative für eine Zukunft einen Wert von 5.8. Insgesamt wurde die Initiative für eine Zukunft von der Stimmbevölkerung als klar bedeutsamer wahrgenommen als die Service-citoyen-Initiative. Dies zeigt sich auch in der Verteilung der Bewertungen. Während bei der Service-citoyen-Initiative knapp die Hälfte der Stimmenden (47%) eine geringe oder sehr geringe Bedeutung angab, überwogen bei der Initiative für eine Zukunft die hohen und sehr hohen Bedeutungszuschreibungen (55%) deutlich.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Service-citoyen-Initiative		Initiative für eine Zukunft	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	18	330	14	230
gering (2-4)	29	509	18	309
mittel (5)	15	305	13	235
hoch (6-8)	28	524	33	581
sehr hoch (9-10)	9	178	22	401
Mittelwert (total)	4.5	1846	5.8	1756

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Verständnisschwierigkeiten traten bei beiden Initiativen in vergleichbarem Ausmass auf. Sowohl die Service-citoyen-Initiative als auch die Initiative für eine Zukunft wurden von einer grossen Mehrheit der Stimmenden (81 resp. 82%) als «eher leicht» verständlich eingeschätzt. Insgesamt wurden beide Initiativen als klar verständlich wahrgenommen.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Service-citoyen-Initiative		Initiative für eine Zukunft	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	81	1448	82	1392
eher schwer	19	349	18	303
N (total)		1797		1695

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Die Befragten gaben an, zu welchem Zeitpunkt sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 5). Bei der Service-citoyen-Initiative war für 61 Prozent der Stimmberechtigten von Anfang an klar, wie sie abstimmen würden. Knapp ein Drittel (30%) traf die Entscheidung während des Abstimmungskampfes, und 9 Prozent entschieden sich erst im letzten Moment. Bei der Initiative für eine Zukunft liegt der Anteil der Frühentscheidenden nochmals höher. 71 Prozent gaben an, von Beginn an gewusst zu haben, wie sie stimmen werden. 24 Prozent entschieden sich im Verlauf des Abstimmungskampfes und 6 Prozent bildeten ihre Meinung erst kurz vor dem Urnengang.

Insgesamt war die Haltung zur Initiative für eine Zukunft stabiler und früher gefestigt als bei der Service-citoyen-Initiative. Gleichzeitig zeigt sich, dass bei beiden Initiativen für einen grossen Teil der Stimmenden bereits früh klar war, wie der Stimmentscheid ausfallen würde.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Service-citoyen-Initiative		Initiative für eine Zukunft	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	61	1107	71	1206
während Abstimmungskampf	30	555	24	417
im letzten Moment	9	185	6	126
N (total)		1847		1749

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, entsprechen grundsätzlich dem Bild vorangegangener Abstimmungen (Tabelle 7). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10) mit der man sich über dieses Medium informiert hat.

Die wichtigste Informationsquelle bleibt das Bundesbüchlein: 88 Prozent der Befragten gaben an, es genutzt zu haben und bewerteten die Nutzungsintensität mit einem hohen Mittelwert von 6.9. Ebenfalls stark genutzt wurden Artikel in Zeitungen (83%, Intensität 6.7) sowie Abstimmungssendungen im Fernsehen (73%, Intensität 6.1). Diese drei Kanäle bildeten die zentralen Informationsquellen rund um die Abstimmung. News-Seiten im Internet, Abstimmungszeitungen oder Flyer sowie Radiosendungen wurden von jeweils rund zwei Dritteln der Befragten genutzt (69 resp. 65 resp. 64%). Strassenplakate (56%), Lesebriefe oder Online-Kommentare (55%), Zeitungsinserate (54%) und Meinungsumfragen (53%) erreichten jeweils noch eine Mehrheit der Stimmberechtigten.

Deutlich seltener wurden neuere oder informellere Kanäle konsultiert. Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen (43%), Mitteilungen am Arbeitsplatz (38%) sowie die VoteInfo-App des Bundes (37%) wurden von einer Minderheit genutzt. Die App verzeichnete mit einem Intensitätswert von 5.6 jedoch eine vergleichsweise hohe

Nutzungsintensität. Soziale Medien und audio-visuelle Inhalte im Internet erreichten je 32 Prozent der Befragten.

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Das Bundesbüchlein	88	6.9	1754
Artikel in Zeitungen	83	6.7	1636
Abstimmungssendungen am Fernsehen	73	6.1	1449
News-Seiten im Internet	69	5.5	1328
Abstimmungszeitungen oder Flyers	65	4.9	1289
Abstimmungssendungen am Radio	64	5.6	1255
Strassenplakate	56	3.4	1086
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	55	4.4	1033
Inserate in Zeitungen	54	4	1052
Meinungsumfragen	53	4.2	1013
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	43	4.5	840
Mitteilungen am Arbeitsplatz	38	4.2	709
VoteInfo-App vom Bund	37	5.6	694
Soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram	32	4.5	641
Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf YouTube	32	4.2	643

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Die Anzahl Nennungen bezieht sich ebenfalls auf die Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums.

Bei der Service-citoyen-Initiative zeigte sich kein klarer Zusammenhang zwischen der Art der Mediennutzung und der Stimmabgabe. Bei der Initiative für eine Zukunft hingegen trat ein leicht anderes Muster zutage. Personen, die sich vorwiegend über online Kommunikationskanäle informierten, nahmen die Initiative häufiger an. Stimmberechtigte, die sich primär offline oder ausgewogen über beide Informationsformen informierten, stimmten mehrheitlich dagegen.

Damit zeigt sich, dass digitale Informationskanäle bei der Initiative für eine Zukunft häufiger mit einer Zustimmung einhergingen als traditionelle Medienquellen.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Service-citoyen-Initiative			Initiative für eine Zukunft		
	Ja-Stimmende in %	n	Stichprobenfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	19	438	± 3.7	30	413	± 4.4
beides etwa gleich	14	713	± 2.6	16	694	± 2.7
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	16	684	± 2.8	22	644	± 3.2
N (total) / Cramér's V			V=0.05			V=0.13***

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und die bei der Initiative für eine Zukunft abgestimmt haben, stimmten 30 Prozent Ja.

4 Service-citoyen-Initiative

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» wurde am 26. Oktober 2023 mit 107'613 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative verlangt, dass alle Schweizer Bürger:innen einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt erbringen müssen. Damit müssten neu auch Frauen einen Dienst leisten, entweder im Militär, im Zivilschutz oder in Form eines gleichwertigen Milizdienstes. Die Service-citoyen-Initiative zielt darauf ab, das Gemeinwohl zu stärken, die Sicherheit breiter zu denken und die Dienstpflicht auf Bereiche wie Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Betreuung auszuweiten. Sie will den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und das Engagement für die Gesellschaft fördern. Der Sollbestand von Armee und Zivilschutz soll garantiert bleiben. Personen, die keinen Dienst leisten, sollen eine Abgabe entrichten, wie es heute bereits der Fall ist. Durch die Ausweitung der Dienstpflicht würden doppelt so viele Bürger:innen rekrutiert werden wie heute. Das würde jedoch auch bedeuten, dass sich die Kosten des Dienstpflichtsystems verdoppeln und die Kosten für die Unternehmen markant steigen würden.

Bundesrat und Parlament sprachen sich gegen die Initiative aus. Die Ausweitung der Dienstpflicht würde bedeuten, dass weit mehr Personen rekrutiert würden, als die Armee und der Zivilschutz benötigen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Es sei fraglich, ob genügend Milizdienste geschaffen werden können und der administrative Aufwand und die Kosten sowohl für Bund und Kantone als auch für den Erwerbsersatz würden massiv steigen. Doppelt so viele Personen wie heute würden während ihres Dienstes am Arbeitsplatz fehlen, und es sei wirtschaftlich nicht sinnvoll, Arbeitskräfte für Aufgaben ausserhalb ihrer beruflichen Fähigkeiten einzusetzen. Eine Dienstpflicht für Frauen kann als Beitrag zur Gleichstellung angesehen werden, würde jedoch für Frauen eine Mehrfachbelastung bedeuten, da sie heute bereits einen grossen Teil der unbezahlten Care-Arbeit leisten.

Im Nationalrat wurde die Initiative mit 173 Nein- zu 18 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt, im Ständerat mit 34 zu 8 Stimmen und einer Enthaltung. Die Initiative wurde von einzelnen Vertreter:innen aus einem breiten Spektrum unterstützt, von der GLP, über die EVP, FDP und die Mitte, bis hin zur SP, den Grünen, der Piratenpartei und mehreren Jungparteien. Jedoch war die GLP die einzige der grösseren Parteien, die die Ja-Parole fasste.

Am 30. November 2025 wurde die Service-citoyen-Initiative deutlich abgelehnt: lediglich 15.9 Prozent der Stimmbevölkerung legten ein Ja in die Urne. In keinem der Kantone und auch in keiner Gemeinde erhielt die Initiative mehrheitliche Zustimmung. Damit handelt es sich um die zweittiefste Zustimmung, die eine eidgenössische Volksinitiative in den letzten fünf Jahrzehnten erzielt hat.

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Im historischen Vergleich zählt die Service-citoyen-Initiative zu den Vorlagen mit der niedrigsten Zustimmung bei eidgenössischen Volksabstimmungen in der Schweiz. Zuletzt erzielte im März 2015 lediglich die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» eine noch tiefere Zustimmung (8%).

Die politischen Einstellungen liefern Hinweise für das Nein zu der Service-citoyen-Initiative (Tabelle 9). Insgesamt folgte das Abstimmungsverhalten klar den politischen Grundhaltungen. Die Zustimmung zur Initiative war insgesamt sehr tief, variierte jedoch nach politischer Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala, Parteisympathie sowie nach Vertrauen in unterschiedliche Institutionen.

Je weiter links sich die Stimmberechtigten selbst einordneten, desto höher fiel die Zustimmung zur Vorlage aus. Während sich rechtsausser positionierte Personen mit 6 Prozent Ja-Anteil deutlich gegen die Vorlage aussprachen, lag der Ja-Anteil bei Personen rechts des politischen Zentrums bei 12 Prozent. In der politischen Mitte unterstützten 16 Prozent die Initiative. Links des politischen Zentrums lag der Ja-Anteil bei 24 resp. 27 Prozent.

Auch die Parteisympathie prägte das Stimmverhalten. Die höchste Zustimmung verzeichnete die Initiative bei Anhänger:innen der Grünen (29%) und der GLP (28%), gefolgt von Sympathisierenden der SP (25%) sowie von Personen, die sich einer anderen Partei zuordnen (24%). Deutlich geringer fiel die Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien aus. Anhänger:innen der Mitte stimmten zu 11 Prozent Ja, bei der SVP lag der Anteil an Ja bei 8 Prozent und bei der FDP lediglich bei 6 Prozent. Personen ohne Parteibindung nahmen im Vergleich zu den anderen Parteien eine mittlere Position ein (17%).

Das Vertrauen in den Bundesrat weist lediglich einen sehr schwachen und statistisch nicht signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmentscheid auf. Auch beim Vertrauen in die Schweizer Armee zeigt sich nur ein schwacher, aber minimal signifikanter Zusammenhang: Mit zunehmendem Vertrauen sinkt die Zustimmung zur Initiative leicht. Deutlichere Muster zeigen sich hingegen beim Vertrauen in die Medien, in die GSoA Gruppen für eine Schweiz ohne Armee sowie in Frauenrechtsorganisationen. Mit zunehmendem Vertrauen in die Medien steigt die Zustimmung zur Initiative an: Der Ja Anteil erhöht sich von 11 Prozent bei geringem Vertrauen auf 23 Prozent bei sehr hohem Vertrauen. Ein vergleichbarer Zusammenhang zeigt sich beim Vertrauen in die GSoA sowie in Frauenrechtsorganisationen. Beim Vertrauen in die GSoA steigt der Ja Anteil von 13 Prozent auf 30 Prozent, während ein hohes Vertrauen in Frauenrechtsorganisationen mit einer Zunahme der Zustimmung von 11 Prozent auf 21 Prozent einhergeht.

Auch gewisse Werthaltungen wirkten sich auf den Stimmentscheid aus. Werthaltungen zu einer Schweiz mit oder ohne Armee standen in keinem signifikanten Zusammenhang. Hingegen zeigen sich leichtere Unterschiede bei gleichstellungspolitischen Haltungen. Befragte, die eine aktive Förderung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau unterstützten, stimmten der Initiative häufiger zu als Befragte mit einer zurückhaltenderen Haltung. Ausserdem unterstützen Personen, die eine aktive internationale Rolle der Schweiz befürworteten, die Initiative mit 25 Prozent, während bei Befürworter:innen einer strikt neutralen Aussenpolitik der Ja-Anteil bei 13 Prozent lag.

Tabelle 9: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	15.9	1927	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.2***
linksaussen (0-2)	27	262	± 5.4
links (3-4)	24	330	± 4.6
Mitte (5)	16	458	± 3.4
rechts (6-7)	12	430	± 3.1
rechtsaussen (8-10)	6	343	± 2.5
Parteisympathie			V=0.25***
SVP	8	415	± 2.6
FDP	6	301	± 2.7
Die Mitte	11	252	± 3.9
GLP	28	120	± 8.1
SP	25	364	± 4.5
Grüne	29	118	± 8.2
andere Partei	24	95	± 8.6
keine	17	132	± 6.4
Vertrauen in Bundesrat			V=0.02
sehr gering bis gering (0-4)	17	308	± 4.2
mittel (5)	17	362	± 3.9
hoch (6-7)	15	486	± 3.2
sehr hoch (8-10)	16	698	± 2.7
Vertrauen in Medien			V=0.14***
sehr gering bis gering (0-4)	11	744	± 2.3
mittel (5)	14	416	± 3.3
hoch (6-7)	22	407	± 4
sehr hoch (8-10)	23	272	± 5
Vertrauen in Schweizer Armee			V=0.08*
sehr gering bis gering (0-4)	19	535	± 3.3
mittel (5)	15	379	± 3.6
hoch (6-7)	18	439	± 3.6
sehr hoch (8-10)	12	479	± 2.9

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Stichprobenfehler
Vertrauen in GSoA Gruppen für eine Schweiz ohne Armee			V=0.14***
sehr gering bis gering (0-4)	13	1203	± 1.9
mittel (5)	22	209	± 5.6
hoch (6-7)	23	141	± 7
sehr hoch (8-10)	30	139	± 7.7
Vertrauen in Frauenrechtsorganisationen			V=0.11***
sehr gering bis gering (0-4)	11	569	± 2.6
mittel (5)	15	368	± 3.7
hoch (6-7)	19	383	± 3.9
sehr hoch (8-10)	21	512	± 3.5
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit einer starken Armee oder B) eine Schweiz ohne Armee			V=0.06
starke Armee	14	1005	± 2.1
gemischte Wertehaltung	16	554	± 3.1
ohne Armee	21	289	± 4.7
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördert, oder B) eine Schweiz, die Gleichberechtigung nicht aktiv fördert			V=0.07*
Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördern	18	1386	± 2
gemischte Wertehaltung	13	331	± 3.6
Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht aktiv fördern	10	140	± 5
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die sich international neutral verhält, oder B) eine Schweiz, die international Partei ergreift			V=0.13***
international neutral	13	913	± 2.2
gemischte Wertehaltung	15	527	± 3.1
international Partei ergreifen	25	400	± 4.3

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die aufgeführten soziodemografischen Merkmale (Tabelle 10) zeigen verschiedene signifikante Unterschiede im Stimmverhalten. Beim Alter ist ein klarer Trend erkennbar: Während der Ja-Anteil bei den 30- bis 39-Jährigen mit 25 Prozent am höchsten ausfiel, nahm die Zustimmung in den älteren Altersgruppen insgesamt ab. Beim Geschlecht zeigt

sich, dass Männer die Initiative mit 19 Prozent häufiger unterstützten als Frauen, bei denen der Ja-Anteil bei 13 Prozent lag. Beim Bildungsgrad bestehen ebenfalls Unterschiede, wenn auch in moderatem Ausmass. Personen mit einer akademischer Ausbildung stimmten der Initiative mit 22 Prozent am häufigsten zu, während die Zustimmung bei tieferen Bildungsniveaus deutlich geringer ausfiel.

Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	15.9	1927	
Alter			V=0.1*
18-29 Jahre	18	188	± 5.5
30-39 Jahre	25	212	± 5.8
40-49 Jahre	19	260	± 4.8
50-59 Jahre	12	393	± 3.2
60-69 Jahre	14	407	± 3.4
70 Jahre und älter	14	467	± 3.2
Geschlecht			V=0.08**
Männer	19	978	± 2.5
Frauen	13	949	± 2.1
Bildungsgrad			V=0.13***
ohne nachobligatorische Bildung	12	158	± 5.1
berufliche Grundbildung/Berufslehre	10	583	± 2.4
Maturität/höhere Berufsbildung	16	515	± 3.2
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	22	621	± 3.3
Haushaltseinkommen			V=0.06
bis 3'000 CHF	13	75	± 7.7
3'000-5'000 CHF	19	166	± 6
5'000-7'000 CHF	15	306	± 4
7'000-9'000 CHF	20	299	± 4.5
9'000-11'000 CHF	13	255	± 4.1
über 11'000 CHF	17	568	± 3.1

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die Ja-Motive (Tabelle 11) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: Grundwerte (60% aller Erstnennungen, 67% aller Nennungen), gesellschaftliche Gründe (8% resp. 14%) und Ausbildung (5% resp. 8%).

Grundwerte standen für viele Ja-Stimmende klar im Vordergrund. 37 Prozent (resp. 45%) begründeten ihre Zustimmung zur Service-citoyen-Initiative mit der Gleichstellung im Dienstobligatorium. Weitere 20 Prozent (resp. 24%) nannten die Förderung des Zusammenhaltes in der Schweiz als Motiv, während 4 Prozent (resp. 7%) angaben, mit der Initiative wäre die Solidarität auszubauen.

Eine zweite Kategorie von Argumenten betonte gesellschaftliche Aspekte. Dazu zählten insbesondere die Stärkung unterfinanzierter Bereiche (3% resp. 4%), die Modernisierung des Milizsystems (2% resp. 4%) sowie die Förderung der Freiwilligenarbeit (1% resp. 2%).

Ein weitere Kategorie von Gründen bezog sich auf den Ausbildungsaspekt, der jedoch nur selten als Hauptgrund genannt wurde. Dazu gehörte unter anderem der Erwerb von Grundkompetenzen für junge Menschen (4% resp. 7%).

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Grundwerte	60	196	67	218
Gleichstellung Dienstobligatorium	37	116	45	145
Förderung Zusammenhalt Schweiz	20	70	24	85
Solidarität ausbauen	4	15	7	23
Gesellschaftliches	8	31	14	47
Unterfinanzierte Bereiche stärken	3	11	4	13
Milizsystem modernisieren	2	7	4	12
Freiwilligenarbeit fördern	1	5	2	9
Ausbildung	5	24	8	34
Grundkompetenzen für junge Leute	4	22	7	31
Gelernte Inhalte vertiefen	0	1	0	1
Allgemeines	7	25	11	36
Anderes	1	5	1	5
Empfehlungen	0	2	0	2
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	2	1	3
weiss nicht/keine Antwort	19	87	19	87

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Die Nein-Motive (Tabelle 12) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: Grundwerte (28% aller Erstnennungen, 34% aller Nennungen), volkswirtschaftliche Gründe (23% resp. 31%) und Umgestaltung der Armee/ des Zivilschutzes (7% resp. 9%).

Grundwerte spielten für die Nein-Stimmende eine zentrale Rolle. Besonders häufig wurde die falschverstandene Gleichstellung im Rahmen der Service-citoyen-Initiative genannt (19% resp. 23%). Weitere 8 Prozent (resp. 12%) begründeten ihr Nein mit der Befürchtung eines Eingriffs in die persönliche Freiheit.

Auch volkswirtschaftliche Argumente waren weit verbreitet. 14 Prozent der Nein-Stimmenden (resp. 19%) führten an, dass durch die Initiative Zusatzkosten für Erwerbsersatz/Versicherungen entstehen würden. Weitere 4 Prozent (resp. 6%) erwähnten den zusätzlichen bürokratischen Aufwand, während ebenfalls 4 Prozent (resp. 5%) die durch eine Annahme entstehenden Absenzen am Arbeitsmarkt betonten.

Ein kleinerer Teil der Nein-Stimmenden begründete die Ablehnung mit Argumenten aus dem Bereich Armee und Zivilschutz. Hier stand im Vordergrund, dass die Armee geschwächt würde (3% je) und die Anzahl Dienstpflichtigen zu hoch sei (1 resp. 2%).

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Grundwerte	28	462	34	532
Falschverstandene Gleichstellung	19	303	23	349
Eingriff in persönliche Freiheit	8	136	12	186
Volkswirtschaftliches	23	316	31	412
Zusatzkosten Erwerbsersatz/Versicherungen	14	202	19	262
Zusätzliche Bürokratie Organisation Dienst	4	57	6	76
Absenzen Arbeitsmarkt	4	49	5	61
Armee/Zivilschutz	7	91	9	134
Schwächung Armee	3	36	3	46
Anzahl Dienstpflichtige zu hoch	1	18	2	27
Allgemeines	19	266	22	307
Anderes	0	11	2	29
Empfehlungen	2	28	2	41
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	6	0	6
weiss nicht/keine Antwort	27	466	27	466
Grundwerte	28	462	34	532
Falschverstandene Gleichstellung	19	303	23	349

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 13). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Insgesamt fanden die Kontra-Argumente in der Bevölkerung eine etwas breitere Zustimmung als die Pro-Argumente. Diese Differenz fällt jedoch im Vergleich zum deutlichen Abstimmungsergebnis weniger ausgeprägt aus als zu erwarten wäre. Unter den Befürwortenden der Service-citoyen-Initiative stiessen die Pro-Argumente zwar auf eine nahezu geschlossene Unterstützung, während sich die Gegnerschaft in der Bewertung der Kontra-Argumente deutlich weniger einheitlich zeigte.

Im Detail erhielt das Kostenargument, wonach die Einführung und Administration einer Dienstpflicht für alle zu erheblichen Mehrkosten und damit einer finanziellen Belastung von Bund und Kantonen führen würde, die höchste gesamtheitliche Zustimmung. Total unterstützen 71 Prozent dieses Kontra-Argument. Die Zustimmung unter den Ja-Stimmenden lag bei 40 Prozent, während sich 78 Prozent der Nein-Stimmenden damit einverstanden zeigten. Ebenfalls vergleichsweise breit abgestützt war das Pro-Argument, wonach der Dienst Teamgeist, Verantwortungsbewusstsein und persönliche Entwicklung stärken würde und Erfahrungen vermitteln täte, die im Leben und im Beruf wichtig seien. Total stimmten 60 Prozent dieser Aussage zu, bei den Ja-Stimmenden waren es sogar 87 Prozent. Unter den Nein-Stimmenden zeigte sich mit 55 Prozent ebenfalls eine beachtliche Zustimmung.

Die weiteren Pro-Argumente, wonach die allgemeine Dienstpflicht die Sicherheit des Landes stärke, indem sie den Bestand von Armee und Zivilschutz sichern würde, sowie dass der Dienst für alle Geschlechter gleich gelte und so das Milizprinzip im Sinne der Gleichstellung modernisiert würde, fanden insgesamt deutlich weniger Zustimmung (42% resp. 38%). Unter den Ja-Stimmenden stiessen diese Argumente jedoch ebenfalls auf breite Unterstützung (73% resp. 86%).

Bei den Kontra-Argumenten wurde – im Vergleich zum Kostenargument – das Argument weniger stark geteilt, wonach eine allgemeine Dienstpflicht ein grosser Eingriff in die individuelle Freiheit sei und die Grundrechte (z.B. freie Berufswahl) tangieren würde. Insgesamt stimmten 45 Prozent dieser Aussage zu. Unter den Ja-Stimmenden waren 17 Prozent mit dieser Aussage einverstanden, während eine knappe Mehrheit der Gegner:innen (51%) das Argument unterstützte. Am geringsten fiel die Zustimmung insgesamt beim Argument aus, dass eine allgemeine Dienstpflicht die Armee und den Bevölkerungsschutz schwäche, weil viele Dienstleistende in andere Bereiche abwandern würden. Unter den Nein-Stimmenden waren es 41 Prozent, während lediglich 10 Prozent der Ja-Stimmenden damit einverstanden waren.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Initiative entlang unterschiedlicher Argumentationslinien beurteilt wurde. Die Befürwortenden unterstützten geschlossen

Gerechtigkeits- und Entwicklungsargumente, während die Gegnerschaft ihr Nein auf unterschiedliche, vor allem kosten- und freiheitsbezogene Bedenken stützte.

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Der Dienst stärkt Teamgeist, Verantwortungsbewusstsein und persönliche Entwicklung und vermittelt Erfahrungen, die im Leben und im Beruf wichtig sind.	total	60	30	10
	Ja-Stimmende	87	8	4
	Nein-Stimmende	55	35	9
Die Sicherheit des Landes wird gestärkt, weil die allgemeine Dienstpflicht den Bestand von Armee und Zivilschutz sichert.	total	42	48	10
	Ja-Stimmende	73	20	6
	Nein-Stimmende	36	55	9
Der Dienst gilt für alle Geschlechter gleich und modernisiert so das Milizprinzip im Sinne der Gleichstellung.	total	38	53	9
	Ja-Stimmende	86	9	5
	Nein-Stimmende	29	62	8
Kontra-Argumente				
Die Einführung und Administration einer Dienstpflicht für alle führt zu erheblichen Mehrkosten und damit einer finanziellen Belastung von Bund und Kantonen.	total	71	19	10
	Ja-Stimmende	40	53	7
	Nein-Stimmende	78	13	9
Eine allgemeine Dienstpflicht schwächt die Armee und den Bevölkerungsschutz, weil viele Dienstleistende in andere Bereiche abwandern.	total	36	44	20
	Ja-Stimmende	10	80	10
	Nein-Stimmende	41	38	21
Eine allgemeine Dienstpflicht ist ein grosser Eingriff in die individuelle Freiheit und tangiert die Grundrechte (z.B. freie Berufswahl).	total	45	46	10
	Ja-Stimmende	17	79	5
	Nein-Stimmende	51	40	9

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 60 Prozent aller Stimmenden (sowie 87% aller Ja-Stimmenden bzw. 55% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, der Dienst stärkt Teamgeist, Verantwortungsbewusstsein und persönliche Entwicklung und vermittelt Erfahrungen, die im Leben und Beruf wichtig sind. 30 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 10 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe» N für alle Argumente: Total 1'927, Ja-Stimmende 366, Nein-Stimmende 1'561.

5 Initiative für eine Zukunft

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Am 4. März 2024 kam die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» mit 109'988 gültigen Unterschriften zustande. Die Initiative der JUSO fordert mehr Mittel für die Klimapolitik. Um das zu finanzieren soll auf Bundesebene eine Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent auf den Nachlass und die Schenkungen einer Person erhoben werden, wobei die ersten 50 Millionen Franken nicht besteuert werden sollen. Derzeit erheben lediglich die Kantone Waadt, Neuenburg, Appenzell Innerrhoden und Luzern auf kantonaler Ebene eine Erbschaftssteuer.

Das Initiativkomitee rechnete mit zusätzlichen Einnahmen von 6 Milliarden Franken. Die Eidgenössische Steuerverwaltung hingegen schätzte, dass die neue Steuer jährlich 4.3 Milliarden Franken einbringen könne. Davon sollen zu zwei Dritteln der Bund und zu einem Drittel die Kantone profitieren, um die Bekämpfung der Klimakrise zu finanzieren. Dem Initiativkomitee geht es dabei um das Verursacherprinzip. Da wohlhabende Personen überdurchschnittlich viele Emissionen verursachen würden, sollen sie auch einen grösseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Bundesrat und Parlament empfahlen, die Initiative für eine Zukunft abzulehnen. Sie befürchteten, dass mit der neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer die Schweiz für vermögende Personen und Unternehmen an Attraktivität einbüßen würde und dass diese aus der Schweiz wegziehen könnten. Dies würde zu Steuerausfällen führen, wodurch die neue Steuer viel weniger Geld einbringen würde, als vom Initiativkomitee erwartet. Ausserdem könnten mit der zusätzlichen Steuerbelastung Firmenerb:innen in Liquiditätsengpässe kommen und damit die Weiterführung von Familienunternehmen gefährdet werden. Zudem setzten der Bund und die Kantone bereits einen erheblichen Beitrag für eine wirksame Klimapolitik ein. Das neue System würde keine Anreize für klimafreundliches Verhalten schaffen und in den Föderalismus eingreifen.

Im Nationalrat stimmten 132 Volksvertreter:innen mit «Nein» und 57 mit «Ja» bei 8 Enthaltungen. Im Ständerat lagen die Nein-Stimmen bei 36 und die Ja-Stimmen bei 7. Die Grossparteien aus dem Mitte- und Rechtsspektrum lehnten die Initiative ab. Die SP und die Grünen fassten hingegen die Ja-Parole.

Die Initiative für eine Zukunft wurde am 30. November 2025 deutlich abgelehnt: 78.3 Prozent der Stimmbevölkerung stimmten gegen die Initiative, kein Stand befürwortet sie.

5.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Einstellungen liefern Hinweise für das Nein zur Initiative für eine Zukunft (Tabelle 14).

Insgesamt spiegelte das Abstimmungsverhalten zur Initiative für eine Zukunft die politischen Grundhaltungen wider. Besonders relevant waren die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse, Parteisympathie, umwelt- und klimapolitische Überzeugungen sowie das Vertrauen in politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure.

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich sehr deutliche Unterschiede. Je weiter links sich die Stimmberechtigten selbst einordneten, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Linksaussen positionierte Personen unterstützten die Vorlage mit 76 Prozent klar, während bei links positionierten Personen der Ja-Anteil bei 38 Prozent lag. In der politischen Mitte sank die Zustimmung deutlich auf 15 Prozent. Rechts des politischen Zentrums fiel die Zustimmung weiter ab und lag bei 6 Prozent, während am rechten Rand lediglich 4 Prozent ein Ja einlegten.

Auch die Parteisympathie weist ein polarisiertes Bild auf. Die höchste Zustimmung verzeichneten Sympathisierende der Grünen mit 69 Prozent, gefolgt von Anhänger:innen der SP (53%). Deutlich ablehnender zeigten sich hingegen Sympathisierende anderer Parteien, von denen 29 Prozent ein Ja einlegten, sowie der GLP (17%). Bei den bürgerlichen Parteien fiel die Zustimmung noch tiefer aus. Anhänger:innen der Mitte unterstützten die Vorlage zu 9 Prozent, bei der SVP lag der Ja-Anteil bei 5 Prozent und bei der FDP bei lediglich 4 Prozent. Personen ohne Parteibindung stimmten mit 16 Prozent ebenfalls nur mit tiefem Wert zu.

Das Vertrauen in den Bundesrat wirkte sich nur leicht signifikant auf den Stimmentscheid aus: Je höher das Vertrauen in den Bundesrat ausfällt, desto tiefer ist die Zustimmung zur Initiative. Deutlich stärkere Zusammenhänge zeigen sich hingegen bei anderen Vertrauensbeziehungen. Mit zunehmendem Vertrauen in die Medien nahm die Zustimmung zur Vorlage zu. Während bei geringem Medienvertrauen 15 Prozent der Initiative zustimmten, stieg der Ja-Anteil bei sehr hohem Vertrauen auf 32 Prozent. Ein besonders ausgeprägtes Muster zeigt sich beim Vertrauen in Umweltverbände. Personen mit sehr hohem Vertrauen unterstützten die Vorlage mit 54 Prozent deutlich häufiger als Personen mit geringem Vertrauen (7%). Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich beim Vertrauen in Klimaforscher:innen. Mit wachsendem Vertrauen stieg der Ja-Anteil von 7 Prozent bei geringem Vertrauen auf 37 Prozent bei sehr hohem Vertrauen. Noch stärker ausgeprägt ist dieser Effekt beim Vertrauen in Klima-Aktivist:innen. Während bei geringem Vertrauen lediglich 8 Prozent zustimmten, lag der Ja-Anteil bei sehr hohem Vertrauen bei 80 Prozent. Umgekehrt fiel der Ja-Anteil mit zunehmendem Vertrauen in wirtschaftsnahe Akteure deutlich geringer aus. Personen mit sehr geringem Vertrauen in internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz unterstützten die Initiative zu 28 Prozent, während der Ja-Anteil bei Personen mit sehr hohem Vertrauen auf 10 Prozent sank.

Auch normative Werthaltungen spielten eine wichtige Rolle. Personen, für die der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, stimmten der Vorlage zu 50 Prozent zu. Bei einer gemischten Haltung sank der Ja-Anteil auf 14 Prozent, während unter Befragten, die dem wirtschaftlichen Wohlstand Vorrang einräumen, lediglich 7

Prozent zustimmten. Schliesslich wirkten sich auch steuerpolitische Wertehaltungen deutlich auf den Stimmentscheid aus. Personen, die höhere Steuern auf hohe Einkommen befürworteten, unterstützten die Vorlage mit 37 Prozent klar häufiger als Befragte mit einer gemischten Haltung (9%) oder mit einer Präferenz für tiefere Steuern auf hohe Einkommen (10%).

Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
Total	21.7	1827	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.56***
Linksaussen (0-2)	76	247	± 5.3
Links (3-4)	38	317	± 5.4
Mitte (5)	15	428	± 3.4
Rechts (6-7)	6	410	± 2.3
Rechtsaussen (8-10)	4	330	± 2.1
Parteisympathie			V=0.54***
SVP	5	398	± 2.1
FDP	4	280	± 2.3
Die Mitte	9	242	± 3.6
GLP	17	121	± 6.7
SP	53	343	± 5.3
GPS	69	115	± 8.5
andere Partei	29	85	± 9.7
keine	16	122	± 6.5
Vertrauen in Bundesrat			V=0.08*
sehr gering bis gering (0-4)	28	288	± 5.2
mittel (5)	25	346	± 4.6
hoch (6-7)	20	456	± 3.7
sehr hoch (8-10)	19	670	± 3
Vertrauen in Medien			V=0.16***
sehr gering bis gering (0-4)	15	697	± 2.7
mittel (5)	20	396	± 3.9
hoch (6-7)	29	391	± 4.5
sehr hoch (8-10)	32	262	± 5.7
Vertrauen in Umweltverbände			V=0.43***
sehr gering bis gering (0-4)	7	650	± 2
mittel (5)	13	342	± 3.6
hoch (6-7)	27	354	± 4.6

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
sehr hoch (8-10)	54	388	± 5
Vertrauen in Internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz			V=0.16***
sehr gering bis gering (0-4)	28	883	± 3
mittel (5)	17	403	± 3.7
hoch (6-7)	13	260	± 4.1
sehr hoch (8-10)	10	116	± 5.5
Vertrauen in Klimaforscherinnen und -forscher			V=0.34***
sehr gering bis gering (0-4)	7	431	± 2.4
mittel (5)	8	255	± 3.3
hoch (6-7)	15	318	± 3.9
sehr hoch (8-10)	37	759	± 3.4
Vertrauen in Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten			V=0.55***
sehr gering bis gering (0-4)	8	1086	± 1.6
mittel (5)	29	245	± 5.7
hoch (6-7)	47	231	± 6.5
sehr hoch (8-10)	80	187	± 5.8
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder B) eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz			V=0.43***
Umweltschutz wichtiger	50	524	± 4.3
gemischte Wertehaltung	14	737	± 2.5
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	7	432	± 2.4
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen erhöht werden, oder B) eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen vermindert werden			V=0.33***
Steuern auf hohe Einkommen erhöhen	37	844	± 3.3
gemischte Wertehaltung	9	639	± 2.2
Steuern auf hohe Einkommen vermindern	10	205	± 4.1

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01,

* = p < 0.05.

Zwischen den Altersgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede. Jüngere Stimmberechtigte unterstützten die Vorlage deutlich häufiger als ältere. Während die unter 40-Jährigen immerhin einen Ja-Anteil von rund einem Drittel erreichten, nahm die Zustimmung

mit zunehmendem Alter insgesamt ab. Nach Geschlecht bestehen keine signifikanten Unterschiede im Stimmverhalten. Mit Blick auf den Bildungsgrad zeigt sich hingegen ein Zusammenhang: Je höher die formale Bildung, desto grösser die Zustimmung. Personen ohne nachobligatorische Bildung stimmten zu 17 Prozent Ja, bei Berufslehre-Absolvent:innen lag der Anteil bei 12 Prozent. Unter Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung betrug die Zustimmung 23 Prozent und erreichte bei Hochschulabsolvent:innen 30 Prozent. Beim Haushaltseinkommen lässt sich kein eindeutiges Muster erkennen. Die höchste Zustimmung zeigte sich bei einem Haushaltseinkommen zwischen 5'000 und 7'000 Franken (28%), während sie bei Haushaltseinkommen von über 11'000 Franken mit 17 Prozent am tiefsten ausfiel.

Tabelle 15: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
Total	21.7	1827	
Alter			V=0.18***
18-29 Jahre	35	170	± 7.2
30-39 Jahre	34	201	± 6.6
40-49 Jahre	24	247	± 5.3
50-59 Jahre	16	374	± 3.7
60-69 Jahre	17	391	± 3.7
70 Jahre und älter	17	444	± 3.5
Geschlecht			V=0.02
Mann	21	930	± 2.6
Frau	23	897	± 2.8
Bildungsgrad			V=0.17***
keine nachobligatorische Bildung	17	135	± 6.4
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	12	553	± 2.7
Maturität/höhere Berufsbildung	23	493	± 3.7
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	30	603	± 3.7
Haushaltseinkommen			V=0.11*
bis CHF 3000	24	73	± 9.9
CHF 3-5000	25	164	± 6.7
CHF 5-7000	28	293	± 5.2
CHF 7-9000	26	281	± 5.1
CHF 9-11 000	21	241	± 5.2
über CHF 11 000	17	544	± 3.2

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die Ja-Motive (Tabelle 16) lassen sich in zwei Hauptkategorien gliedern: volkswirtschaftliche Gründe (45% aller Erstnennungen, 50% aller Nennungen) und Klimaschutz (20 resp. 29%)

Volkswirtschaftliche Argumente standen für die Ja-Stimmenden im Vordergrund. 35 Prozent (resp. 41%) der Ja-Stimmenden begründeten ihre Zustimmung damit, dass die Initiative die Reichtumsverteilung ausgleichen würde. Weitere 5 Prozent (resp. 7%) nannten eine stärkere Besteuerung der Verursacher:innen als Grund, während ebenfalls 5 Prozent erhöhte Staatseinnahmen als zentrales Argument anführten. Die zweite Motivgruppe bezog sich auf klimapolitische Überlegungen. Dabei wurde insbesondere die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen (7% resp. 10%) hervorgehoben. Weitere Befragte gaben an, dass die Initiative wichtig für die Zukunft sei (4% resp. 5%) oder dazu beitrage, bestehende Investitionslücken zur Erreichung der Klimaziele zu schliessen (1% resp. 2%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Volkswirtschaftliches	45	217	50	244
Reichtumsverteilung ausgleichen	35	171	41	201
Verursacher:innen stärker besteuern	5	32	7	43
Erhöhte Staatseinnahmen	5	16	5	19
Klimaschutz	20	108	29	155
Finanzierung Klimaschutz	7	38	10	54
Wichtig für die Zukunft	4	26	5	31
Investitionslücke für Klimaziele füllen	1	4	2	8
Allgemeines	8	38	15	62
Anderes	3	10	4	14
Empfehlungen	1	7	2	10
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	1	5	2	6
weiss nicht/keine Antwort	28	141	28	141

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Bei den Nein-Motiven (Tabelle 17) lassen sich drei Argumentationskategorien erkennen. Die Ablehnung der Initiative für eine Zukunft stützt sich insbesondere auf volkswirtschaftliche Gründe (32% resp. 38%), institutionelle Gründe (6% resp. 8%) sowie den Klimaschutz (4% resp. 6%). Zudem waren grundsätzliche Motive von grosser Bedeutung («Allgemeines» 25% resp. 31%): Die Initiative wird als zu extrem, nicht ausreichend durchdacht oder als unverhältnismässig beurteilt.

Volkswirtschaftliche Gründe standen für viele Nein-Stimmende im Vordergrund. Am häufigsten wurde befürchtet, dass die Initiative zu einem Wegzug vermögender Personen (10% resp. 13%) führen könnte. Ebenfalls häufig genannt wurden mögliche negative Auswirkungen auf die Unternehmensnachfolge bei Familienunternehmen (9% resp. 12%). Weitere 6 Prozent (resp. 9%) nannten eine Schwächung der Standortattraktivität der Schweiz als Motiv für ihre Ablehnung. Daneben spielten institutionelle Bedenken eine Rolle. 3 Prozent (resp. 5%) der Nein-Stimmenden lehnten die Initiative ab, weil sie sich gegen zweckgebundene Gelder aussprachen. Eine kleinere Rolle in der Ablehnung der Initiative spielten klimapolitische Argumente. 1 Prozent (resp. 2%) der Nein-Stimmenden gab an, dass die bestehende Politik im Bereich Klimaschutz ausreichend sei. Weitere einzelne Befragte (1% aller Nennungen) waren der Ansicht, dass das Engagement vermögender Personen für Klimaziele bereits heute gross genug sei.

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Volkswirtschaftliches	32	413	38	477
Wegzug Vermögende	10	125	13	158
Unternehmensnachfolge bei Familienunternehmen	9	104	12	140
Schwächung Standortattraktivität	6	76	9	106
Institutionelles	6	80	8	116
Gegen zweckgebundene Gelder	3	37	5	70
Verlust Steuerhoheit Kantone	0	1	0	4
Klimaschutz	4	60	6	89
Aktuelle Politik genügt	1	17	2	25
Bestehendes Engagement Vermögende bereits gross	0	3	1	7
Allgemeines	25	328	31	405
Anderes	2	24	3	36
Empfehlungen	1	10	1	17
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	4	0	6
weiss nicht/keine Antwort	33	459	33	459

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 18 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu ausgewählten Pro- und Kontra-Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Initiative für eine Zukunft entscheidend.

Insgesamt fanden die Kontra-Argumente bei den Stimmberechtigten eine breitere Zustimmung als die Pro-Argumente. Die Pro-Argumente überzeugten die Befürwortenden der Vorlage fast geschlossen, während die Gegnerschaft die Kontra-Argumente ebenfalls grossmehrheitlich teilte.

Im Detail erzielte das Kontra-Argument, wonach die zusätzliche Steuerbelastung Firmenerb:innen in Liquiditätsschwierigkeiten bringen und dadurch die Weiterführung von Familienunternehmen gefährden könne, die höchste Zustimmung. Insgesamt stimmten 71 Prozent dieser Aussage zu. Unter den Nein-Stimmenden betrug die Zustimmung 83 Prozent, während auch knapp ein Drittel der Ja-Stimmenden (31%) dieses Argument teilte. Ebenfalls hohe Zustimmung fand das Kontra-Argument, dass eine zusätzliche Besteuerung dazu führen könne, dass Vermögende wegziehen oder Steuern umgehen, wodurch der Schweiz wichtige Einnahmen verloren gehen. 70 Prozent der Befragten unterstützten diese Aussage. Unter den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 83 Prozent, während nur 30 Prozent der Ja-Stimmenden ebenfalls einverstanden waren. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den Kontra-Argumenten. Etwas geringer, aber dennoch mehrheitlich unterstützt, wurde das Argument, dass Bund und Kantone mit den bestehenden Fördergeldern bereits wirksame Klimapolitik umsetzen täten und zusätzliche Steuern dafür nicht erforderlich seien. Insgesamt stimmten 54 Prozent zu. Bei der Gegnerschaft betrug die Zustimmung 64 Prozent, während sich nur 20 Prozent der Befürwortenden damit einverstanden zeigten.

Bei den Pro-Argumenten fand die Aussage, dass dem Verursacherprinzip entsprechend es richtig sei, dass die Reichsten, die überdurchschnittlich viele Emissionen verursachen, einen grösseren Beitrag zum Klimaschutz leisten, am meisten Zustimmung. Insgesamt unterstützten 53 Prozent der Befragten dieses Argument. Während 45 Prozent der Nein-Stimmenden zustimmten, teilten 86 Prozent der Ja-Stimmenden diese Meinung. Etwas weniger verbreitet war das Einverständnis mit dem Argument, dass mit der neuen Steuer zusätzliche Mittel entstünden, um Klimaschutzprojekte zu finanzieren und die Klimaziele wirksam zu erreichen. 36 Prozent unterstützten dieses Argument. Unter den Ja-Stimmenden lag die Zustimmung mit 82 Prozent sehr hoch, während nur 23 Prozent der Nein-Stimmenden diese Ansicht teilten. Am wenigsten Zustimmung fand schliesslich das Pro-Argument, dass mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer Wohlstand und Chancen gerechter verteilt und die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt würden. Insgesamt stimmte knapp ein Drittel (32%) aller Befragte dieser Aussage zu. Jedoch war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den Pro-Argumenten. Unter den Ja-Stimmenden lag die Zustimmung bei 79 Prozent, während nur 19 Prozent der Nein-Stimmenden ebenfalls einverstanden waren.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Dem Verursacherprinzip entsprechend ist es richtig, dass die Reichsten, die überdurchschnittlich viele Emissionen verursachen, einen grösseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.	total	53	39	8
	Ja-Stimmende	86	8	5
	Nein-Stimmende	45	48	8
Mit der neuen Steuer entstehen zusätzliche Mittel, um Klimaschutzprojekte zu finanzieren und die Klimaziele wirksam zu erreichen.	total	36	54	10
	Ja-Stimmende	82	13	5
	Nein-Stimmende	23	67	10
Mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer werden Wohlstand und Chancen gerechter verteilt und die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt.	total	32	59	9
	Ja-Stimmende	79	14	7
	Nein-Stimmende	19	72	8
Kontra-Argumente				
Die zusätzliche Steuerbelastung kann Firmenerb:innen in Liquiditätsschwierigkeiten bringen und dadurch die Weiterführung von Familienunternehmen gefährden.	total	71	20	9
	Ja-Stimmende	31	60	9
	Nein-Stimmende	83	10	8
Mit den bestehenden Fördergeldern setzen Bund und Kantone bereits wirksame Klimapolitik um, zusätzliche Steuern sind dafür nicht erforderlich.	total	54	36	10
	Ja-Stimmende	20	75	6
	Nein-Stimmende	64	26	10
Eine zusätzliche Besteuerung kann dazu führen, dass Vermögende wegziehen oder Steuern umgehen, wodurch der Schweiz wichtige Einnahmen verloren gehen.	total	70	22	7
	Ja-Stimmende	30	63	7
	Nein-Stimmende	83	11	6

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 53 Prozent aller Stimmenden (sowie 86% aller Ja-Stimmenden bzw. 45% aller Nein-Stimmenden) pflchteten dem Pro-Argument bei, dass dem Verursacherprinzip entsprechend es richtig ist, dass die Reichsten, die überdurchschnittlich viele Emissionen verursachen, einen grösseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. 39 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 8 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 1'827 Ja-Stimmende 490, Nein-Stimmende 1'337.

6 Anhang

6.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 30. November 2025, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 01. und dem 21. Dezember 2025 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 19: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeberin	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	01. bis 21. Dezember 2025
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'349 (Papier: 1'177 Online: 2172) n DCH: 1'979 n FCH: 905 n ICH: 465 (Papier: n DCH: 660 n FCH: 317 n ICH: 200) (online: n DCH: 1'319 n FCH: 588 n ICH: 265)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

6.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

6.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 6.1.4 Gewichtung).

Beim BFS wurden 7'500 Adressen bestellt. Erhalten haben wir 7'677 Adressen sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'504 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

6.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 30. November 2025 umfasst insgesamt 3'349 Befragte (Ausschöpfung: 44%), wovon rund 59 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'979), 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=905) und rund 14 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=465) stammen.

Tabelle 20: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'677
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	76
total gültige Adressen	7'601
Verweigerung/Abmeldungen	33
total realisierte Interviews	3'464
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	4'104
Löschungen aus Qualitätsgründen	115
final verwendete Interviews	3'349

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+19.8 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt +3.1 Prozentpunkte bei der Service-citoyen-Initiative und +5.1 Prozentpunkte bei der Initiative für eine Zukunft.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 115 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

6.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximaler Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellern Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «One-Hot-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realer Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihrer modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

6.1.5 Auswertung und Stichprobenfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 21: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Stichprobenfehler Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

6.2 Über die Studie

6.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#); die alten VOX-Berichte sind es bereits.

6.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

6.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



TOBIAS KELLER

Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet





CORINA SCHENA

Projektleiterin
Politikwissenschaftlerin

✉ corina.schena@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Wahlen, Abstimmungen, Gesundheitspolitik,
Gesundheitskampagnen, Image- und Reputationsanalysen,
qualitative und quantitative Methoden sowie Moderation



SARA RELSTAB

Data Scientist
Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



INA GUTJAHR

Praktikantin Data Science

✉ ina.gutjahr@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen,
Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 